

# JUSTIZBLATT

## RHEINLAND - PFALZ

AMTSBLATT DES MINISTERIUMS DER JUSTIZ  
UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

69. Jahrgang

Mainz, den 13. Februar 2015

Nummer 2

### INHALT

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben</b>   |       |
| 8. 1. 2015 Beihilfenverordnung Rheinland-Pfalz (BVO)<br>hier: Anwendung von Teil 3 der BVO .....                     | 7     |
| <b>Bekanntmachungen</b>  |       |
| 5. 2. 2015 Zusammensetzung von Richter-, Staats-<br>anwalts-, Personal- und Schwerbehinder-<br>tenvertretungen ..... | 10    |
| <b>Personalmeldungen und Stellenausschreibungen .....</b>  | 12    |

## Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben

### Beihilfenverordnung Rheinland-Pfalz (BVO); hier: Anwendung von Teil 3 der BVO

Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen  
om 8. Januar 2015 (P 1820 A – 416\*)

Mit dem Ersten Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegestärkungsgesetz – PSG I) vom 17. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2222) wurden zum 1. Januar 2015 u.a. die Leistungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch ausgeweitet und flexibilisiert.

Aufgrund des Gesetzes wird im Einvernehmen mit dem für das allgemeine öffentliche Dienstrecht zuständigen Ministerium im Vorgriff auf eine Änderung der BVO Folgendes bestimmt:

Teil 3 der BVO ist für Ansprüche, die ab dem 1. Januar 2015 entstehen bzw. entstanden sind, in der folgenden Fassung anzuwenden:

#### § 35

Beihilfefähige Aufwendungen für Pflegeberatung,  
bei dauernder Pflegebedürftigkeit und erheblichem  
allgemeinem Betreuungsbedarf

(1) Bei dauernder Pflegebedürftigkeit sind die Aufwendungen für eine notwendige häusliche, teilstationäre oder stationäre Pflege beihilfefähig.

(2) Pflegebedürftig ist, wer wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedarf. Erforderlich ist mindestens, dass die pflegebedürftige Person bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen einmal täglich der Hilfe bedarf und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigt. Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind Aufwendungen nach den §§ 36 bis 42 nur beihilfefähig, wenn die pflegebedürftige Person einer Pflegestufe zugeordnet ist.

(3) Ein erheblicher Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung liegt vor, wenn aufgrund einer dauerhaft erheblich eingeschränkten Alltagskompetenz neben dem Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung zusätzlich ein erheblicher Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung gegeben ist (§ 45 a Abs. 1 Satz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XI –).

(4) Für Personen, die nach § 28 Abs. 2 SGB XI Leistungen zur Hälfte erhalten, wird zu den Pflegekosten in den Fällen der §§ 36 bis 42 eine Beihilfe in wertmäßig gleicher Höhe

\*) Das Rundschreiben wird unter dem Aktenzeichen 2150-1-57 in die eJVV RPF aufgenommen.

gewährt; die §§ 9, 57 und 58 sind hierbei nicht anzuwenden. Über diesen Gesamtwert hinausgehende Aufwendungen sind im Rahmen der §§ 36 bis 39 und 41 beihilfefähig.

### § 36 Häusliche Pflege

(1) Aufwendungen für eine häusliche Pflege durch geeignete Pflegekräfte (§ 36 Abs. 1 Satz 3 und 4 SGB XI) und häusliche Betreuung (§ 124 SGB XI) sind je nach Pflegestufe beihilfefähig bis zu monatlich:

|  |               |
|--|---------------|
| ohne Pflegestufe                         |               |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3            | 231,00 EUR,   |
| in Pflegestufe I                         | 468,00 EUR,   |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3            | 689,00 EUR,   |
| in Pflegestufe II                        | 1 144,00 EUR, |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3            | 1 298,00 EUR, |
| in Pflegestufe III                       | 1 612,00 EUR, |
| und in den Fällen des § 36 Abs. 4 SGB XI | 1 995,00 EUR. |

(2) Entstehen in den Fällen des Absatzes 1 aufgrund besonderen Pflegebedarfs höhere Aufwendungen, sind die Aufwendungen bei Personen

|                                      |                 |
|--------------------------------------|-----------------|
| in Pflegestufe I                     | bis 25 v.H.,    |
| in Pflegestufe II                    | bis 50 v.H.,    |
| in Pflegestufe III                   | bis 75 v.H. und |
| in den Fällen des § 36 Abs. 4 SGB XI | bis 100 v.H.    |

der durchschnittlichen monatlichen Kosten einer Berufspflegekraft im Sinne des § 27 Satz 3 angemessen. Die Aufwendungen nach Satz 1 sind um folgenden Eigenanteil zu kürzen:

| bei einer beihilfeberechtigten Person | mit Bezügen bis 2500,00 EUR | mit Bezügen von mehr als 2500,00 EUR bis 5000,00 EUR | mit Bezügen von mehr als 5000,00 EUR |
|---------------------------------------|-----------------------------|--|--------------------------------------|
| ohne Angehörige                       | 10 v.H.                     | 11 v.H.  | 12 v.H.                              |
| mit einer oder einem Angehörigen      | 8 v.H.                      | 9 v.H.   | 10 v.H.                              |
| mit zwei oder drei Angehörigen        | 6 v.H.                      | 7 v.H.   | 8 v.H.                               |
| mit mehr als drei Angehörigen         | 4 v.H.                      | 5 v.H.   | 6 v.H.                               |

der um 1000,00 EUR verminderten Bezüge. Erfolgt die Pflege nicht für den gesamten Kalendermonat, ist der Eigenanteil entsprechend zu mindern; dabei ist der Kalendermonat mit 30 Tagen anzusetzen.

(3) Angehörige im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 sind

1. die in § 4 Abs. 1 genannten Personen und
2. Kinder, die nach § 4 Abs. 2 berücksichtigungsfähig oder nur deshalb nicht berücksichtigungsfähig sind, weil sie selbst beihilfeberechtigt sind.

(4) Bezüge im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 sind

1. bei Pflege einer beihilfeberechtigten Person oder eines berücksichtigungsfähigen Kindes, die Bruttodienst- oder -versorgungsbezüge (ohne die kinderbezogenen Anteile im Familienzuschlag und veränderliche Bezügebestandteile) sowie Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung der beihilfeberechtigten Person; § 39 Abs. 5 Satz 4 bis 7 gilt entsprechend, sowie
2. bei Pflege einer in § 4 Abs. 1 genannten Person,

die Bezüge nach Nummer 1 zuzüglich der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung der gepflegten Person.

(5) Bei einer häuslichen Pflege durch andere geeignete Personen (selbst beschaffte Pflegehilfen) wird eine Pauschalbeihilfe gewährt, die

|                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| ohne Pflegestufe              |             |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3 | 123,00 EUR, |
| in Pflegestufe I              | 244,00 EUR, |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3 | 316,00 EUR, |
| in Pflegestufe II             | 458,00 EUR, |
| in den Fällen des § 35 Abs. 3 | 545,00 EUR, |
| und                           |             |
| in Pflegestufe III            | 728,00 EUR  |

monatlich beträgt. Wird die Pflege durch andere geeignete Personen nicht für einen vollen Kalendermonat erbracht, ist die Pauschale, ausgenommen für die ersten vier Wochen einer stationären Krankenhausbehandlung und einer vor- oder nachstationären Krankenhausbehandlung (§§ 24 und 26), einer Sanatoriumsbehandlung (§ 45), einer Anschlussheilbehandlung (§ 46) oder des Monats, in dem die pflegebedürftige Person verstorben ist, entsprechend zu kürzen; dabei ist der Kalendermonat mit 30 Tagen anzusetzen. Die Pauschalbeihilfe nach Satz 1 wird in den Fällen des § 36 a oder § 38 jeweils für bis zu vier Wochen im Kalenderjahr in Höhe der Hälfte der vor Beginn der entsprechenden Pflege nach § 36 a oder § 38 gezahlten Pauschalbeihilfe weiter gewährt. Ein aus der privaten oder der sozialen Pflegeversicherung zustehendes Pflegegeld und entsprechende Leistungen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften sind anzurechnen; ruht der Anspruch auf Leistungen wegen Auslandsaufenthalts der pflegebedürftigen Person, sind diese gleichwohl anzurechnen. Für Personen, die nicht gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit versichert sind, werden die Leistungen nach den Sätzen 1 und 2 zur Hälfte gewährt. Aufwendungen für Beratungen nach § 37 Abs. 3 SGB XI sind ohne Anrechnung auf die Höchstbeträge des Satzes 1 beihilfefähig.

(6) Wird die Pflege teilweise durch geeignete Pflegekräfte (Absatz 1) und durch andere geeignete Personen (Absatz 5) erbracht, wird eine Beihilfe nach den Absätzen 1 bis 5 anteilig gewährt.

### § 36 a Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson

(1) Ist eine andere geeignete Person nach § 36 Abs. 5 wegen Urlaub, Krankheit oder aus anderen Gründen an der häuslichen Pflege gehindert, so sind Aufwendungen für Ersatzpflege bis zu 2 418,00 EUR im Kalenderjahr beihilfefähig.

(2) Bei einer Ersatzpflege durch Pflegepersonen, die mit der pflegebedürftigen Person bis zum zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind oder mit dieser in häuslicher Gemeinschaft leben, sind die Aufwendungen im Kalenderjahr bis zum 1,5fachen Betrag der jeweiligen Pauschalbeihilfe nach § 36 Abs. 5 beihilfefähig. Beihilfefähig sind auch nachgewiesene notwendige Aufwendungen, die der Pflegeperson im Zusammenhang mit der Ersatzpflege entstanden sind; die Aufwendungen nach Satz 1 und 2 sind insgesamt bis zu 1 612,00 EUR beihilfefähig. Wird die Pflege durch die in Satz 1 genannten Personen erwerbsmäßig ausgeübt, findet Absatz 1 Anwendung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten in den Fällen des § 35 Abs. 3 entsprechend.

### § 36 b Ambulant betreute Wohngruppen

(1) Neben Beihilfen nach § 36 wird pflegebedürftigen Personen in ambulant betreuten Wohngruppen zusätzlich eine Pauschalbeihilfe in Höhe von 205,00 EUR monatlich gewährt, wenn die soziale oder private Pflegeversicherung entsprechende anteilige Leistungen erbringt; eine aus der

privaten oder sozialen Pflegeversicherung zustehende Leistung ist anzurechnen. § 36 Abs. 5 Satz 5 gilt entsprechend.

(2) Zu den Aufwendungen der Anschubfinanzierung zur Gründung von ambulant betreuten Wohngruppen werden Beihilfen gewährt, wenn nachgewiesen wird, dass die private oder soziale Pflegekasse der beihilfeberechtigten Person oder berücksichtigungsfähigen Angehörigen hierzu Zuschüsse nach § 45 e SGB XI gezahlt hat. Bei privater Pflegeversicherung sind die Aufwendungen beihilfefähig aus denen die prozentuale Leistung der Pflegekasse berechnet ist; bei sozialer Pflegeversicherung gilt § 35 Abs. 4.

(3) Die Absätze 1 bis 2 gelten in den Fällen des § 35 Abs. 3 entsprechend.

### § 37 Teilstationäre Pflege

Aufwendungen für teilstationäre Pflege (§ 41 Abs. 1 SGB XI) sind neben den Aufwendungen nach § 36 beihilfefähig; Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung sind nicht beihilfefähig. Satz 1 gilt in den Fällen des § 35 Abs. 3 entsprechend.

### § 38 Kurzeitpflege

(1) Aufwendungen für Kurzeitpflege (§ 42 Abs. 1 SGB XI) in einer von der Pflegekasse zugelassenen Pflegeeinrichtung sind einschließlich der Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung beihilfefähig. Ist für die pflegende Person eine Behandlung nach § 45 anerkannt und ist während der Maßnahme die Unterbringung der pflegebedürftigen Person erforderlich, sind abweichend von Satz 1 die Aufwendungen der Kurzeitpflege in der Einrichtung nach § 45 beihilfefähig. Ist bei zu Hause gepflegten Personen die Pflege in einer von den Pflegekassen zur Kurzeitpflege zugelassenen Pflegeeinrichtung nicht möglich oder zumutbar, sind die Aufwendungen für Kurzeitpflege auch in einer Einrichtung im Sinne § 41 oder einer sonstigen geeigneten Einrichtung beihilfefähig.

(2) Absatz 1 gilt in den Fällen des § 35 Abs. 3 entsprechend.

### § 39 Vollstationäre Pflege

(1) Aufwendungen einer vollstationären Pflege sind nach Maßgabe der folgenden Absätze beihilfefähig.

(2) Bei Pflege in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung (§ 72 Abs. 1 Satz 1 SGB XI) ist der nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit in Betracht kommende Pflegesatz beihilfefähig. Verbleiben unter Berücksichtigung der Beihilfe- und Pflegeversicherungsleistungen ungedeckte pflegebedingte Aufwendungen, werden diese ergänzende Beihilfe gezahlt. In den Fällen, in denen Personen nicht gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit versichert sind oder in denen der Leistungsanspruch ruht, sind als Leistung der Pflegeversicherung 50 v.H. der Leistungen nach § 43 Abs. 2 SGB XI fiktiv zu berücksichtigen.

(3) Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung einschließlich der Investitionskosten und Zusatzleistungen nach § 88 SGB XI sind nicht beihilfefähig. Dies gilt nicht für Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung einschließlich der Investitionskosten, die folgende Eigenanteile übersteigen:

1. bei beihilfeberechtigten Personen mit
  - a) einem Angehörigen 40 v.H. oder
  - b) mehreren Angehörigen 35 v.H.

der um 510,00 EUR, beim Bezug von Versorgungsbezügen um 360,00 EUR, verminderten Einnahmen und

2. bei alleinstehenden beihilfeberechtigten Personen oder bei gleichzeitiger vollstationärer Pflege der beihilfeberechtigten Person und aller berücksichtigungsfähigen Angehörigen 70 v.H. der Einnahmen.

Die den Eigenanteil übersteigenden Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung einschließlich der Investitionskosten werden als Beihilfe gezahlt.

(4) § 36 Abs. 3 gilt entsprechend.

(5) Einnahmen im Sinne des Absatzes 3 sind die Dienst- und Versorgungsbezüge nach Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften sowie der Zahlungsbetrag der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der beihilfeberechtigten Person. Bei der vollstationären Pflege einer in § 4 Abs. 1 genannten Person sind Einnahmen die Einnahmen nach Satz 1 zuzüglich des Zahlungsbetrags der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der zu pflegenden Person. Bei der vollstationären Pflege einer in § 4 Abs. 2 genannten Person sind Einnahmen die Einnahmen nach Satz 1 zuzüglich der Dienst- und Versorgungsbezüge nach Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften, des Zahlungsbetrags der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie des laufenden Erwerbseinkommens einer in § 4 Abs. 1 genannten Person. Dienstbezüge sind die in § 3 des Landesbesoldungsgesetzes oder entsprechenden bundes- oder landesgesetzlichen Bestimmungen genannten laufenden Brutto-bezüge. Versorgungsbezüge sind die in § 3 Abs. 1 LBeamtVG oder entsprechenden bundes- oder landesgesetzlichen Bestimmungen genannten laufenden Brutto-bezüge; Unfallausgleich nach § 44 LBeamtVG oder entsprechenden bundes- oder landesgesetzlichen Bestimmungen bleibt unberührt. Der Zahlungsbetrag der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist der Betrag, der sich ohne Berücksichtigung des Beitragszuschusses vor Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung ergibt. Leistungen für Kindererziehung nach § 294 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuches (SGB VI) gehören nicht zu den Einnahmen.

(6) Bei Pflege in Pflegeeinrichtungen, welche die Voraussetzungen des § 71 Abs. 2 SGB XI erfüllen, aber nicht nach § 72 Abs. 1 Satz 1 SGB XI zugelassen sind, sind höchstens die niedrigsten vergleichbaren Kosten einer zugelassenen Einrichtung am Ort der Unterbringung oder seiner nächsten Umgebung beihilfefähig; die Absätze 2 bis 5 gelten entsprechend.

(7) Leistungen, die nach der Durchführung aktivierender oder rehabilitativer Maßnahmen zu einer Rückstufung der pflegebedürftigen Person in eine niedrigere Pflegestufe oder von erheblicher zu nicht erheblicher Pflegebedürftigkeit führen, sind in Höhe von 1 597,00 EUR beihilfefähig; die Beihilfe wird unmittelbar an die Pflegeeinrichtung gezahlt. Die Beihilfe ist zurückzuzahlen, wenn die pflegebedürftige Person innerhalb von sechs Monaten nach der Rückstufung in eine höhere Pflegestufe oder von nicht erheblicher zu erheblicher Pflegebedürftigkeit eingestuft wird.

### § 40 Pflegehilfsmittel und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen

(1) Neben den Aufwendungen nach den §§ 36 bis 39, 42 und 42 a sind auch die notwendigen Aufwendungen für Pflegehilfsmittel und technische Hilfen beihilfefähig. Aufwendungen für zum Verbrauch bestimmter Pflegehilfsmittel sind bis zu 40,00 EUR monatlich beihilfefähig.

(2) Aufwendungen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes der pflegebedürftigen Person sind bis zu 4 000,00 EUR je Maßnahme beihilfefähig. Satz 1 gilt entsprechend, wenn beihilfeberechtigte Personen oder berücksichtigungsfähige Angehörige mit weiteren Pflegebedürftigen in einer gemeinsamen Wohnung leben. In den Fällen des Satzes 2 ist der Gesamtbetrag der Förderung aus Beihilfe und Leistungen der privaten oder sozialen Pflegekasse auf 16 000,00 EUR je Maßnahme begrenzt; bei mehr als vier

Pflegebedürftigen reduziert sich der beihilfefähige Betrag je Maßnahme der Anzahl entsprechend anteilig.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten in den Fällen des § 35 Abs. 3 entsprechend.

#### § 41

##### Einrichtungen der Behindertenhilfe

(1) Aufwendungen für eine Betreuung in einer vollstationären Pflegeeinrichtung der Behindertenhilfe, in der die berufliche und soziale Eingliederung, die schulische Ausbildung oder die Erziehung im Vordergrund des Einrichtungszweckes stehen (§ 71 Abs. 4 SGB XI), sind bis zu 266,00 EUR monatlich beihilfefähig; eine Beihilfe nach § 39 ist daneben ausgeschlossen. Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten sind nicht beihilfefähig.

(2) Beschäftigung und Betreuung in einer Werkstatt für behinderte Menschen ist keine Pflege im Sinne des § 35; Werkstattgebühren und Versicherungsbeiträge für behinderte Menschen sind nicht beihilfefähig. Aufwendungen, die zur Erfüllung der Schulpflicht – insbesondere für Fahrtkosten für den Besuch einer Förderschule – entstehen, sind nicht beihilfefähig.

#### § 42

##### Zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen

(1) Aufwendungen für zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen im Sinne des § 45 b SGB XI sind beihilfefähig bei

1. pflegebedürftigen Personen mit einer Pflegestufe, die aber nicht die Voraussetzungen des § 35 Abs. 3 erfüllen, bis zu 104,00 EUR monatlich,
2. pflegebedürftigen Personen, die die Voraussetzungen des § 35 Abs. 3 erfüllen, bis zu 104,00 EUR (Grundbetrag) oder 208,00 EUR (erhöhter Betrag) monatlich.

Wird der monatliche Höchstbetrag nicht ausgeschöpft, ist der nicht verbrauchte Anteil in den folgenden Monaten des Kalenderjahres beihilfefähig. Im Kalenderjahr nicht ausgeschöpfte monatliche Höchstbeträge werden in das folgende Kalenderhalbjahr übertragen. § 36 Abs. 5 Satz 6 gilt entsprechend.

(2) Neben den Aufwendungen nach Absatz 1 sind zusätzlich Aufwendungen für niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote (§ 45 b Abs. 1 Satz 6 Nr. 4 SGB XI) im Kalendermonat bis zu 40 v.h. des für die jeweilige Pflegestufe maßgebenden beihilfefähigen Höchstbetrages nach § 36 Abs. 1 BVO beihilfefähig, soweit dieser noch nicht ausgeschöpft ist. Die Aufwendungen nach Satz 1 gelten im Rahmen der anteiligen Beihilfengewährung nach § 36 Abs. 6 als Leistungen im Sinne von § 36 Abs. 1.

#### § 42 a

##### Pflegeberatung

Die Festsetzungsstelle beteiligt sich für beihilfeberechtigte Personen und berücksichtigungsfähige Angehörige an den Kosten der Träger einer Pflegeberatung nach § 7a SGB XI, wenn Leistungen der Pflegeversicherung

1. bezogen werden oder
2. beantragt worden sind und erkennbar Hilfe- und Beratungsbedarf besteht.

Aufwendungen nach Satz 1 sind außerdem nur beihilfefähig, wenn das für das finanzielle öffentliche Dienstrecht zuständige Ministerium hierzu eine Vereinbarung im Sinne des § 8 Abs. 4 abgeschlossen hat oder einer entsprechenden Vereinbarung beigetreten ist.

#### § 42 b

##### Vergütungszuschläge für zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen

Aufwendungen für Vergütungszuschläge im Sinne des § 87 b Abs. 1 SGB XI sind beihilfefähig.

## Bekanntmachungen \*)

### Zusammensetzung von Richter-, Staatsanwalts-, Personal- und Schwerbehindertenvertretungen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz  
vom 5. Februar 2015 (2700 – 1 – 1)

1. Nachstehend wird die Zusammensetzung

- der Präsidialräte  
der ordentlichen Gerichtsbarkeit,  
der Verwaltungsgerichtsbarkeit,  
der Sozialgerichtsbarkeit,  
der Finanzgerichtsbarkeit,

- der Hauptrichterräte  
der ordentlichen Gerichtsbarkeit,  
der Verwaltungsgerichtsbarkeit,  
der Sozialgerichtsbarkeit,

- des Richterrats  
der Finanzgerichtsbarkeit sowie

- des Hauptstaatsanwaltsrats

bekannt gegeben:

2. **Präsidialrat**

2.1 **der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

Vorsitzende: Präsidentin des Landgerichts  
Angelika B l e t t n e r ,  
Landgericht Mainz,

stellvertretende

Vorsitzende: 1. Präsident des Landgerichts  
Harald J e n e t ,  
Landgericht Kaiserslautern,  
2. Präsident des Oberlandesgerichts  
Hans-Josef G r a e f e n ,  
Oberlandesgericht Koblenz,

3. Präsidentin des Landgerichts  
Marliese D i c k e ,  
Landgericht Koblenz,

4. Präsidentin des Landgerichts  
Ulrike M ü l l e r - R o s p e r t ,  
Landgericht Landau in der Pfalz,

5. Präsident des Landgerichts  
Markus G i e t z e n ,  
Landgericht Zweibrücken,

6. Präsident des Oberlandesgerichts  
Willi K e s t e l ,  
Pfälzisches Oberlandesgericht  
Zweibrücken,

\*) Nicht in der Sammlung eJVV RPF enthalten

- Mitglieder:
1. Direktor des Amtsgerichts  
Bernd S c h w e n n i n g e r ,  
Amtsgericht Frankenthal (Pfalz),
  2. Vorsitzender Richter am  
Oberlandesgericht  
Thomas G r ü n e w a l d ,  
Oberlandesgericht Koblenz,
  3. Richter am Amtsgericht  
Hubert I c k e n r o t h ,  
Amtsgericht Betzdorf,
  4. Richter am Amtsgericht  
Urban W i n g e n f e l d ,  
Amtsgericht Trier;

## 2.2 der Verwaltungsgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Präsident des Verwaltungsgerichts  
Georg S c h m i d t ,  
Verwaltungsgericht Trier,

stellvertretende

- Vorsitzende:
1. Präsidentin des  
Verwaltungsgerichts  
Elisabeth F a b e r -  
K l e i n k n e c h t ,  
Verwaltungsgericht  
Neustadt an der Weinstraße,
  2. Präsidentin des  
Verwaltungsgerichts  
Dr. Bettina F r e i m u n d -  
H o l l e r ,  
Verwaltungsgericht Mainz,

- Mitglieder:
1. Vizepräsidentin des  
Verwaltungsgerichts  
Carmen S e i l e r - D ü r r ,  
Verwaltungsgericht  
Neustadt an der Weinstraße,
  2. Vorsitzender Richter  
am Oberverwaltungsgericht  
Prof. Dr. Jürgen H e l d ,
  3. Vorsitzende Richterin  
am Verwaltungsgericht  
Stefanie L a n g ,  
Verwaltungsgericht Mainz,
  4. Richter am Verwaltungsgericht  
Volker H o l l y ,  
Verwaltungsgericht Koblenz;

## 2.3 der Sozialgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Präsident des Sozialgerichts  
Dr. Jürgen B e n k e l ,  
Sozialgericht Mainz,

stellvertretender

- Vorsitzender: Präsident des Sozialgerichts  
Jürgen D i d o n g ,  
Sozialgericht Trier,

- Mitglieder:
1. Vizepräsident des Sozialgerichts  
Dr. Jürgen O l k ,  
Sozialgericht Trier,
  2. Vizepräsident des Sozialgerichts  
Burkard F i r s c h i n g ,  
Sozialgericht Speyer,
  3. Vizepräsident des Sozialgerichts  
Dr. Franz Werner G a n s e n ,  
Sozialgericht Koblenz,
  4. Richterin am Landessozialgericht  
Heike B e s t ;

## 2.4 der Finanzgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: N.N.

- Mitglieder:
1. Richter am Finanzgericht  
Leo S o b o t t a ,
  2. Richter am Finanzgericht  
Klaus D i e h l ;

## 3 Haupttrichterrat

### 3.1 der ordentlichen Gerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Direktor des Amtsgerichts  
Thomas E d i n g e r ,  
Amtsgericht Rockenhausen,

stellvertretender

- Vorsitzender: Direktor des Amtsgerichts  
Thomas B e r g m a n n ,  
Amtsgericht Worms,

- Mitglieder:
1. Richterin am Landgericht  
Dr. Dagmar K r a n z ,  
Landgericht Koblenz,
  2. Richter am Amtsgericht  
Oliver E m m e r ,  
Amtsgericht Bernkastel-Kues,
  3. Richter am Landgericht  
Andreas H e r z o g ,  
Landgericht Zweibrücken;

### 3.2 der Verwaltungsgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Richter  
am Oberverwaltungsgericht  
Rüdiger G r a f ,

stellvertretender

- Vorsitzender: Richter am Verwaltungsgericht  
Herbert B r a u n ,  
Verwaltungsgericht Trier,

- Mitglieder:
1. Richter am Verwaltungsgericht  
Joachim H ü b l e r ,  
Verwaltungsgericht Koblenz,
  2. Richterin am Verwaltungsgericht  
Helga K l i n g e n m e i e r ,  
Verwaltungsgericht  
Neustadt an der Weinstraße,

3. Richterin am Verwaltungsgericht  
Beate R i e b e l ,  
Verwaltungsgericht Mainz;

### 3.3 der Sozialgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Richter am Sozialgericht  
Dr. Christian T r a u p e ,  
Sozialgericht Koblenz,
- stellvertretender  
Vorsitzender: Richter am Landessozialgericht  
Dr. Bernhard S c h o l z ,
- Mitglieder: 1. Richter am Sozialgericht  
Dr. Gerd J a h r a u s ,  
Sozialgericht Speyer,
2. Richterin am Sozialgericht  
Simin N a m i n i ,  
Sozialgericht Trier,
3. Richter am Sozialgericht  
Georg H e e p ,  
Sozialgericht Mainz;

### 4 Richterrat der Finanzgerichtsbarkeit

- Vorsitzender: Richter am Finanzgericht  
Herbert W e i r i c h ,
- Mitglieder: 1. Richter am Finanzgericht  
Klaus D i e h l ,
2. Richterin am Finanzgericht  
Barbara W e i ß ;

### 5 Hauptstaatsanwaltsrat

- Vorsitzender: Oberstaatsanwalt  
Thomas S p i e l b a u e r ,  
Staatsanwaltschaft  
Landau in der Pfalz,
- stellvertretende  
Vorsitzende: Staatsanwältin  
Ute A d a m - B a c k e s ,  
Staatsanwaltschaft Koblenz,
- weiteres Mitglied: Oberstaatsanwältin  
Dr. Petra Z i m m e r m a n n ,  
Staatsanwaltschaft  
Frankenthal (Pfalz).

- 6 Die Bekanntmachungen des Ministeriums der Justiz vom 13. August 2009 (2700 – 1 – 1) - JBl. S. 106 -, 18. Oktober 2010 (2700 – 1 – 1) - JBl. S. 132 -, 1. Dezember 2010 (2700 – 1 – 1) - JBl. S. 157 -, die Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vom 16. April 2012 (2700 – 1 – 1) - JBl. S. 144 -, sowie die Nummern 2 und 3 der Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vom 30. Januar 2014 (2700 – 1 – 1) - JBl. S. 14 - sind damit gegenstandslos.

**Aus Gründen des Datenschutzes  
dürfen die Personalmeldungen in  
der Internetversion leider nicht  
veröffentlicht werden!**

**Aus Gründen des Datenschutzes dürfen die Personalnachrichten in der Internetversion leider nicht veröffentlicht werden!**

### **Stellenausschreibungen**

– vgl. Nummer 2 der VV JM vom 25. Juni 1990 (2010 – 1 – 14/90) – JBl. S. 120 –

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- 1 Stelle für die Direktorin oder den Direktor des AG Kaiserslautern
- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am OLG Koblenz
- 1 Stelle für eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am LG Koblenz
- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am AG Trier

Die Stelle soll mit einer Versetzungsbewerberin oder einem Versetzungsbewerber besetzt werden.

- 3 Stellen für Richterinnen oder Richter am LG Koblenz
- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am LG Koblenz

Die Stelle soll mit einer Versetzungsbewerberin oder einem Versetzungsbewerber besetzt werden.

- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am AG Cochem
- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am AG Koblenz
- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am AG Neuwied

- 1 Teilzeitstelle (50 v.H.) für eine Richterin oder einen Richter am AG Neuwied

- 4 Stellen für Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte bei der StA Koblenz

- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am LG Frankenthal (Pfalz)

- 1 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am AG Kaiserslautern

Die Stelle soll mit einer Versetzungsbewerberin oder einem Versetzungsbewerber besetzt werden.

- 1 Teilzeitstelle (50 v.H.) für eine Staatsanwältin oder einen Staatsanwalt bei der StA Frankenthal (Pfalz)

Zum Beförderungstermin „18. Mai 2015“ werden Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

**a) im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz und der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz**

- 6,75 Stellen für im Bereich der Justizverwaltung oder der Rechtspflege tätige Justizamtfrauen oder Justizamtänner

- 16,50 Stellen für Justizhauptsekretärinnen oder Justizhauptsekretäre

Die im Justizblatt Nummer 10 vom 16. Dezember 2014 (S. 142 und 143) erschienene Ausschreibung von Beförderungsstellen wird um die vorstehenden weiteren Stellen ergänzt. Bereits vorliegende Bewerbungen erfassen auch die nunmehr ausgeschriebenen zusätzlichen Stellen; eine erneute Bewerbung ist daher insoweit nicht mehr erforderlich.

**b) im Bezirk des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz**

- 1 Stelle für eine Justizinspektorin oder einen Justizinspektor (BesGr. A 9 – 2. Einstiegsamt)

- 1 Stelle für eine Erste Justizhauptwachtmeisterin oder einen Ersten Justizhauptwachtmeister (BesGr. A 5)

- 1 Stelle für eine Justizhauptwachtmeisterin oder einen Justizhauptwachtmeister (BesGr. A 4)

Im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist der Dienstposten

**der Leiterin / des Leiters der Abteilung 2  
– Öffentliches Recht, Verfassungs- und Europarecht –**  
zu besetzen.

Die Abteilung 2 umfasst unter anderem die Aufgabengebiete

- Verfassungs- und Europarecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Recht der Informationsfreiheit, Staatshaftungs- und Enteignungsrecht,
- Verfahrensordnungen öffentlich-rechtlicher Fachgerichtsbarkeiten, Aufenthalts- und Asylrecht, Polizeirecht, Gewerbe- und Berufsrecht, Gesundheitswesen,
- Landwirtschafts- und Weinrecht, Finanzverfassung, Abgaben, Wirtschaftsrecht, Sozialrecht, Medienrecht, Jugendschutzrecht,
- Schul- und Hochschulrecht, Wissenschaft und Forschung, Jagd-, Fischerei- und Forstrecht, Abfallrecht, Europäische Rechtsakademie,

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSBEDINGUNGEN:

Das Justizblatt Rheinland-Pfalz erscheint nach Bedarf. Bezugspreis  
halbjährlich 11,76 EUR. Bestellungen sind unmittelbar an den  
Verlag zu richten. Abbestellungen zum 30.6. oder 31.12. müssen bis  
spätestens 15.5. bzw. 15.11. beim Verlag vorliegen. Einzelpreis (auch  
für Nachbestellungen des laufenden oder eines früheren Jahrgangs)  
1,38 EUR zuzüglich Versandkosten.

- Bau- und Raumordnungsrecht, Immissions- und Umweltschutzrecht, Naturschutzrecht, Energierecht, Verkehrs- und Verkehrswegerecht,
- Rechtsvereinfachung und -bereinigung, Rechtsförmlichkeit, Kommunalrecht, Denkmalschutzrecht, kulturelle Angelegenheiten.

Für die Abteilungsleitung suchen wir eine besonders qualifizierte Persönlichkeit mit abgeschlossenem Universitätsstudium, der Befähigung zum Richteramt und mehrjähriger Erfahrung in einer verantwortlichen Position mit Führungsaufgaben.

Wir erwarten weit überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, hohe Motivation, strategisches Denkvermögen, besonderes Verhandlungs- und Organisationsgeschick, einen kooperativen Führungsstil, Teamfähigkeit und hohe Integrationskraft. Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen und wirtschaftliche Denk- und Handlungsweise sowie ein ausgeprägtes Verständnis für justizpolitische Zusammenhänge sind uns wichtig.

Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes mit Option auf Beförderung nach Besoldungsgruppe B 6 bei Vorliegen der beamtenrechtlichen und stellenplanmäßigen Voraussetzungen.

Im Hinblick auf die geforderten mehrjährigen Erfahrungen mit Führungsaufgaben und die herausgehobene Position kommen nur Bewerberinnen / Bewerber in Betracht, die bereits ein Amt der Besoldungsgruppe B 3 oder R 3 innehaben.

Bewerbungen von Frauen werden bei gleichwertiger Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt; Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen werden innerhalb von zwei Wochen unmittelbar erbeten an das

Ministerium der Justiz und  
für Verbraucherschutz  
– Personalreferat –  
Diether-von-Isenburg-Straße 1  
55116 Mainz.

Ausgeschriebene Stellen können auch als Teilzeitstellen (75 v.H. oder 50 v.H.) besetzt werden, soweit nicht im Einzelfall zwingende dienstliche Belange entgegenstehen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 LGG, § 5 Abs. 1 LRiG i.V. mit § 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Halbsatz LBG). Soweit sich Richterinnen oder

Richter unter Angabe des entsprechenden vom-Hundert-Satzes auf eine Stelle in Teilzeitform bewerben, kann die Bewerbung nur berücksichtigt werden, wenn die Richterin oder der Richter zugleich zustimmt, mit Beginn oder bei Änderung der Teilzeitbeschäftigung und beim Übergang zur Vollzeitbeschäftigung auch in einem anderen Gericht desselben Gerichtszweiges verwendet zu werden. Unabhängig davon sind Bewerbungen auf eine Stelle in Teilzeitform die sonstigen Erklärungen zum Vorliegen der Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1, § 7 Abs. 2 Nr. 3 und 4 LRiG, § 75 Abs. 1 und 2 LBG und die Dauer der beantragten Teilzeitbeschäftigung beizufügen.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass bei Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer Teilzeitkraft (50 v.H.) die „zweite“ Hälfte der Stelle ohne weitere Ausschreibung gleichzeitig besetzt werden kann; Entsprechendes gilt für sich anderweitig ergebende Bruchteile (z.B. 75 v.H.).

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen sind erwünscht.

#### **Veröffentlichung für die Bezirke des Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz:**

Die Stellenausschreibungen in den Justizblättern Nr. 12 vom 16. Dezember 2013 und Nr. 2 vom 10. Februar 2014 für im Bereich der Justizverwaltung oder der Rechtspflege tätige Justizamtfrauen oder Justizamtmänner wird hinsichtlich der noch nicht besetzten 6,75 Stellen aufgehoben.

Die Stellenausschreibung im Justizblatt Nr. 12 vom 16. Dezember 2013 für Justizhauptsekretärinnen und Justizhauptsekretäre wird hinsichtlich der noch nicht besetzten 16,50 Stellen aufgehoben.

#### **Berichtigung bei den Justizvollzugseinrichtungen des Landes**

Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der im Justizblatt Nr. 1 vom 19. Januar 2015 unter „Stellenausschreibungen“ veröffentlichten Stelle der BesGr. A 15 für eine Regierungsdirektorin oder einen Regierungsdirektor als Dezernentin oder Dezernent in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken um die Berichtigung der im Justizblatt Nr. 10 vom 16. Dezember 2014 ausgeschriebenen Stelle der BesGr. A 15 und nicht um eine Ausschreibung einer weiteren Beförderungsstelle der BesGr. A 15 handelt.